



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Stadtentwicklung am 12.09.2018**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:34 Uhr bis 17:26 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Stadträt/-innen**

Anja Krimmling-Schoeffler	Ausschussvorsitzende Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme bis 17:28 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreterin für Herrn Bernstiel Teilnahme bis 17:28 Uhr
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

### **Sachkundige Mitglieder**

Lutz Haake	sachkundiger Einwohner
Jana Kozyk	sachkundige Einwohnerin
Matthias Lux	sachkundiger Einwohner
Dirk Neumann	sachkundiger Einwohner
Prof. Dr. Reinhold Sackmann	sachkundiger Einwohner

### **Verwaltung**

Herr René Rebenstorf	Beigeordneter Stadtentwicklung und Umwelt
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Uta Rylke	Protokollführerin

### **Gäste:**

Dirk Lindemann	Leiter Ansiedlungsmanagement
----------------	------------------------------

### **Entschuldigt fehlten:**

Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Guido Schwarzendahl	sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Herr Rodney Thomas zur Stadtentwicklung**

---

**Herr Thomas** sprach zur Thematik Stadtentwicklung vor und drückte sein Bedauern darüber aus, dass in der Stadt Halle (Saale) mehr Neubauten entstehen und alte Häuser in ihrer

Ursprungsform kaum erhalten bleiben. Er fragte nach dem Ziel von Stadtentwicklung. Warum werden immer neue Gebäude im neuen Stil gebaut, sodass auch auf Mieter ein größerer Druck ausgeübt wird, da dann natürlich Mietpreise in die Höhe gehen?

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es in der Stadt noch viele Altbauten gibt, welche auch saniert worden sind. Insbesondere im und um das Stadtzentrum herum wird das sichtbar. Wenn Gebäude abgerissen werden, hat dies seine Gründe. Es gibt unterschiedliche Auffassungen, was die Bauqualität und Detailausgestaltung betrifft. Er sprach an, dass nur über Einzelfälle gesprochen werden könnte, aber keine pauschale Antwort gegeben werden kann, warum es Sinn macht, auch einmal ein altes Haus durch einen Neubau zu ersetzen.

**Herr Thomas** fragte, wie die Interessen von den hier lebenden Menschen berücksichtigt werden, wenn stetig steigende Mieten durch Neubauten entstehen bzw. alte Häuser diesen Wohnblöcken weichen müssen.

**Herr Rebenstorf** wies darauf hin, dass Architektur auch etwas mit Baukunst zu tun hat und man über Kunst streiten kann. In dem Moment ist es Entscheidung des Architekten, in welche Richtung das Kunstwerk gehen soll. Bauen findet im öffentlichen Raum statt und wirkt in den öffentlichen Raum hinein. In Ost-deutschland ist der Denkmalbestand an alten Gebäuden um ein Vielfaches höher als dies in den alten Bundesländern der Fall ist. Punktuell wird auch ein hochwertiger Neubau in Städten benötigt.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung wurde von **Frau Krimmling-Schoeffler** eröffnet.

Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Krimmling-Schoeffler** sprach an, dass folgende Dringlichkeitsvorlage mit dem dazugehörenden Änderungsantrag vorliegt:

### **zu 2.1.1 vorhabenbezogener Bbauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss Vorlage: VI/2018/04170**

---

#### **zu 2.1.1.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur BV vorhabenbezogener Bbauungsplan Nr. 174 "Riebeckplatz Ost" - Aufstellungsbeschluss - Vorlage: VI/29018/04170 Vorlage: VI/2018/04215**

**Frau Krimmling-Schoeffler** stellte fest, dass eine 2/3 Mehrheit zur Aufnahme in die Tagesordnung benötigt wird. Da nur 7 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend sind, ist die 2/3 Mehrheit für eine Aufnahme nicht gegeben. Gefordert sind 8 Mitglieder, die dazu zustimmen müssten. Demzufolge kam die Dringlichkeit nicht auf die Tagesordnung.

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, rief **Frau Krimling-Schoeffler** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen:** einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt/-innen:** einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2018
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor  
Vorlage: VI/2017/03339
    - 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur  
Beschlussvorlage Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor,  
Vorlage: VI/2017/03339  
Vorlage: VI/2018/04397
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW  
Vorlage: VI/2018/04059
    - 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der  
CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW  
Vorlage: VI/2018/03976
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Frau Krimling-Schoeffler zu Städtebaufördermitteln
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

### **zu 3 Bestätigung der Niederschrift vom 05.06.2018**

---

Die Niederschrift vom 05.05.2018 wurde ohne Einwände einstimmig bestätigt.

**zu 4        Beschlussvorlagen**

**zu 4.1      Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor**  
**Vorlage: VI/2017/03339**

---

**zu 4.1.1    Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur**  
**Beschlussvorlage Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus**  
**Steintor, Vorlage: VI/2017/03339**  
**Vorlage: VI/2018/04397**

---

**Herr Loebner** führte in die Beschlussvorlage ein und wies darauf hin, dass das Universitätsklinikum Halle (UKH) einen Rahmenplan erarbeitet hat, welcher in enger Abstimmung mit dem Geschäftsbereich II erfolgte. Er ging auf wesentliche Punkte aus dem Rahmenplan ein. Im nördlichen Teil soll die universitäre Nutzung konzentriert werden und im südlichen Teil sollen andere Nutzungen mit dem Schwerpunkt Gesundheit und Ausbildung zugelassen werden.

Er führte aus, dass das gesamte Areal Steintorcampus durch eine besondere Denkmalsituation geprägt ist, welche es zu erhalten gilt. Der Rahmenplan trifft wesentliche Aussagen zu Themen, wie Städtebau, der Zuwegung, der Umgrenzung der Freiflächen etc. Wichtig ist es, ein Einvernehmen zu den zukünftigen Ein- und Ausfahrten herzustellen und zu den Rad- und Fußwegen. Ziel ist auch eine Öffnung Richtung Steintor.

Die Stadt hatte sich eindeutig dazu bekannt, das UKH am Standort zu halten und zu stärken. Die Rahmenplanung des UKH ist auch im städtischen Interesse. Die wesentlichen Schnittpunkte sollen geklärt sein, auch für zukünftige Planungen, die die Stadt im Umfeld vorhat, wie z. B. den Stadtbahnausbau in der Magdeburger Straße.

**Frau Dr. Schöps** führte in den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein, welcher auf eine Erweiterung der Beschlussvorlage zielt. Die Erweiterung beinhaltet eine Wohnnutzung im südlichen Teil. Die Stadtverwaltung soll die Voraussetzungen für eine zukünftige Wohnnutzung in Zusammenarbeit mit den Wohnungsgesellschaften schaffen. Sie erläuterte dies näher.

**Herr Feigl** fragte zu der Anlage, hier dem Plan 6 nach. Hier sind Bestandsgebäude mit dicken Linien umrandet; soll das zum Ziel haben, dass diese Gebäude im Bestand erhalten bleiben sollen? Speziell ging er auf das Technikgebäude mit der Einfahrt Magdeburger Straße, markiert mit einer Umrandung ein.

**Herr Loebner** verwies auf die entsprechenden Passagen in der Vorlage, die darauf eingehen.

**Herr Prof. Dr. Sackmann** fragte nach, was unter einer gesundheitlichen Nutzung verstanden wird.

Durch **Herrn Loebner** wurde geantwortet, dass die UKH als Lehrkrankenhaus auch mit anderen Einrichtungen zusammenarbeitet, die dann gesundheitliche Rehabilitationsmaßnahmen dort mit ansiedeln können. Dies ist aber noch nicht als Gebäude und Maßnahme schon feststehend.

**Herr Prof. Dr. Sackmann** präziserte seine Fragestellung, indem er ansprach, dass der neue Plan das Gleiche vom Gebäude und der Grundstruktur wie vorher beinhaltet, sodass die Nutzung und Hauptstruktur ähnlich bleiben soll. Sind hier auch andere Möglichkeiten

angedacht worden?

**Herr Loebner** erklärte, dass es hier eine bauliche denkmalgeschützte Hülle gibt und für die muss eine neue Nutzung gefunden werden, sodass das Gebäude auch weiterhin Bestand hat. Soweit er das UKH verstanden hat, geht es darum, dass auch Symbiosen gefunden werden, die sich in dem Thema Gesundheit finden. Es wäre auch möglich, Sonderformen des Wohnens, wie bspw. für Rehabilitationsmaßnahmen zu finden. Der Denkmalschutz schaut hier besonders wie die Grundsubstanz etc. weiterhin erhalten bleiben kann und gleichzeitig eine neue Nutzung dort reinkommt.

Der alte Universitätscampus wird in der alten Form nicht mehr genutzt, das hat auch damit etwas zu tun, dass Medizin heute anders betrieben wird als noch im 19. Jahrhundert. Deswegen sind da auch Anbauten aus verschiedenen Jahrzehnten entstanden, die mit den ursprünglichen Anlagen nichts mehr zu tun haben. Das sind jetzt auch Möglichkeiten die genutzt werden, dass Anlagen auch wieder zurückgebaut werden, damit Altes wieder entsteht.

Ein städtebauliches Ziel ist die Gesundheit und Ausbildung, was aber das Thema Wohnen nicht ausschließt. Entscheidend ist, dass der Universitätsbetrieb dann im nördlichen Teil für sich und selbständig funktionieren kann. Wichtig ist, dass das Thema der Durch- und Zuwegung sich hier eindeutig verbessert.

**Herr Feigl** sprach an, dass dieses Thema einen Tag zuvor im Planungsausschuss engagierter vorgetragen wurde und er bat um eine gleichrangige Behandlung der Ausschüsse.

**Frau Dr. Schöps** sprach an, dass ihre Fraktion das auch etwas eingeengt sieht, wenn nur auf medizinische oder auf Rehabilitationsmaßnahmen abgehoben wird. Eine angestrebte Wohnnutzung sollte hier mit verankert werden. Sie verlas den Beschlussvorschlag ihrer Fraktion und erklärte, dass dies im Zuge der Rahmenplanung mit berücksichtigt werden soll und dies als Bereicherung gesehen wird.

**Herr Feigl** redete gegen den Änderungsantrag. Im Vortrag von Herrn Dr. Klöss im Planungsausschuss wurde nicht grundsätzlich eine Wohnnutzung ausgeschlossen. Er sieht es sorgenvoll, dass ein in der Geschichte herausgebildeter Medizinstandort an der Stelle aufgeweicht werden soll. Er empfindet die Anreicherung von medizinischen Einrichtungen hier als glücklichen Umstand, das Thema Wohnen sollte hier nicht in den Vordergrund gestellt werden. Aus diesem Grund wird er gegen den Änderungsantrag stimmen.

**Herr Gernhardt** schloss sich der Aussage von Herrn Feigl an, da er den Änderungsantrag eher einschränkend findet und erläuterte dies. Es ist ein denkmalgeschütztes Areal, hier sollte man der UKH die Chance geben, ihre Verhandlungen mit anderen Medizinträgern etc. vorantreiben zu können und zu schauen, was für Projekte dort angesiedelt werden können. Sollte sich später herausstellen, dass das Gelände noch offene Stellen hat, kann dann immer noch über Nutzungsmöglichkeiten gesprochen werden.

Durch **Frau Dr. Wünscher** wurden die Aussagen der Vorredner positiv bewertet. Sie ergänzte noch um weitere Aussagen, die von Herrn Dr. Klöss im Planungsausschuss erläutert wurden. Sie verwies hier auf die Zu- und Ausfahrten, die im Wesentlichen wie bisher bleiben müssen. Wenn eine Wohnbebauung zugelassen würde, könnten auch Haustiere auf dem Gelände nicht gestattet werden. Die Parkplatzsituation stellt sich als kompliziert dar. Der UKH sollte das Vorrecht gelassen werden, ihren Rahmenplan entsprechend medizinisch auszurichten. Eine völlige Öffnung des umgrenzten Areals hin zum Medizinerviertel oder zum Stadtpark wird nicht möglich sein, darauf wurde im Planungsausschuss ausdrücklich verwiesen.

**Herr Koehn** unterstützte ebenfalls die Aussagen von Herrn Feigl. Die Ausführungen von Frau Dr. Wünscher gaben das Gesagte vom Vortag wieder. Er betonte, dass die Stadt froh sein kann, dass noch so ein geschlossenes Ensemble fast unbeschädigt von äußeren Einflüssen vorhanden ist. Er ist dafür, dass diese relative Geschlossenheit erhalten bleibt. Er führte kurz zu technischen Problemen aus, da es eine unterirdische Infrastruktur gibt, die mit einer normalen Stadtbebauung nichts zu tun hat, da dies alles auf die Medizin ausgerichtet worden ist.

Die UKH ist Hausherr und insofern ist Zurückhaltung mit Forderungen geboten. Die Stadt und das UKH sind gemeinsam mit dem Land hier auf einem guten Weg.

**Frau Dr. Schöps** drückte ihre Verwunderung über die restriktive Auffassung des Änderungsantrages aus. Es soll etwas erweitert und belebt werden und schränkt damit die Möglichkeiten des UKH nicht ein.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

**Frau Krimmling-Schoeffler** rief zuerst zur Abstimmung des Änderungsantrages und im Anschluss der Beschlussvorlage auf:

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor, Vorlage: VI/2017/03339  
Vorlage: VI/2018/04397**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen:**                    **mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis Stadträt/-innen:**    **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussempfehlung:**

1. Das Nutzungsspektrum im südlichen Teil des Areals des Medizin-Campus Steintor wird zugunsten einer Wohnnutzung erweitert.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Vorhabenträgern und der halleschen Wohnungswirtschaft auf eine Wohnnutzung hinzuwirken. Gegebenenfalls ist ein Vorkaufsrecht der Stadt Halle (Saale) für geeignete Immobilien gemeinsam mit den städtischen Wohnungsgesellschaften zu prüfen.

**zu 4.1 Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor  
Vorlage: VI/2017/03339**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen:**                    **einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträt/-innen:**    **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Der Stadtrat nimmt die Städtebauliche Rahmenplanung 2030 Medizin-Campus Steintor zur

Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ziele des Rahmenplans bei städtischen Planungen und Abwägungen zu berücksichtigen.

## **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW**  
**Vorlage: VI/2018/04059**

---

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW**  
**Vorlage: VI/2018/03976**

---

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass seine Fraktion vollumfänglich den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM übernimmt, da es die gleiche Zielrichtung ist und es noch weitere konkrete Schritte gibt.

**Herr Loebner** informierte, dass das RAW-Gelände nicht der Planungshoheit der Stadt Halle (Saale) unterliegt. Das kann also nur mit einer Entwidmung stattfinden, da sind bestimmte betriebstechnisch notwendige Bahneinrichtungen vorhanden, sodass dies ein längerer Prozess ist. Das Thema der Verbindlichkeit ist eine eher mittel- bis langfristige Perspektive.

**Herr Feigl** sprach an, dass er in dem Änderungsantrag dazu keinen Dissens sieht.

**Frau Krimmling-Schoeffler** sprach an, dass Herr Lindemann anwesend ist, um hierzu auch Aussagen treffen zu können. Herr Lindemann erhielt einstimmiges Rederecht.

**Herr Lindemann** teilte mit, dass Herr Loebner und er seit einiger Zeit den Arbeitskreis „Bahnflächen“ leiten, wo das Thema RAW im vergangenen Jahr ein Thema war. Es gab eine lange Diskussion zwischen der Deutschen Bahn AG und dem Bundeseisenbahnvermögen und dann die Einigung, dass eine SWOT-Analyse durchgeführt werden soll und man wollte das gemeinsam finanzieren. Als es zum Jahresende konkret wurde, ist die DB AG mit der Bemerkung abgesprungen, dass diese nur die außenliegenden Flächen haben. Das Bundeseisenbahnvermögen hat sich dann entschieden, diese SWOT-Analyse durchzuführen, dazu gab es eine Ausschreibung.

Der erste Teil dieser Analyse ist erledigt, hierbei ging es um die ganzheitliche Betrachtung, um Altlasten und wie die zukünftige Verkehrswegung werden soll und in welchen Zeiträumen dies erfolgen soll. Die SWOT-Analyse wird im März 2019 komplett vorliegen, sodass man dann die Entwicklung der Perspektive RAW einschätzen kann. Aufgabe des Bundeseisenbahnvermögen ist es, in den Auftrag zu formulieren, dass die Entwicklung aufgezeichnet wird. Die Stadt Halle (Saale) und die Stadtwerke arbeiten da mit. Das Planungsamt arbeitet hier ebenfalls viel zu. Es ist ein langfristiges Entwicklungsprojekt, das sehr prägend für die Stadt ist.

**Herr Schachtschneider** merkte an, dass dies alles nicht dem geänderten Antrag widerspricht. Sollte bis Januar 2019 hierzu noch nichts vorliegen, kann eine Zwischeninfo erfolgen, bis im März dann die SWOT-Analyse vorliegt und ein Bericht gegeben werden kann.



Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Krimmling-Schoeffler** zur Abstimmung des geänderten Antrages auf.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW**  
Vorlage: VI/2018/03976

---

**Abstimmungsergebnis:**

erledigt

**Beschlussempfehlung:**

~~Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, mit der DB AG Gespräche aufzunehmen, die die Entwicklung der Flächen des ehemaligen RAW für Gewerbeansiedlungen zum Ziel haben in den laufenden Gesprächen zwischen Vertretern der Deutschen Bahn, des Bundeseisenbahnvermögens und der Stadtverwaltung im Rahmen des Arbeitskreises Bahnflächen verstärkt folgende Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen:~~

- **Nutzung des ehemaligen RAW-Geländes als Standort für ein Kongresszentrum mit Weiterentwicklung der alten RAW-Hallen zu einem Veranstaltungszentrum unter Erhaltung der Altbausubstanz**
- **Im Zuge der Entwicklung des Geländes eine Verlängerung des Personentunnels von Bahnhofshauptgebäude nach Osten Richtung Delitzscher Straße**
- **Einbeziehung der historischen Altbausubstanz auf dem RAW-Gelände in alle möglichen Überlegungen des Arbeitskreises**
- **Städtebaulicher Wettbewerb zur Beplanung des Geländes unter Einbeziehung des Nordöstlichen stadtzugewandten Baufeldes (Parkplatz Volkmannstraße).**

Dem Stadtrat ist entsprechender Bericht über die Ergebnisse/Zwischenergebnisse dieser Gespräche bis spätestens zur Sitzung des Stadtrates im ~~September 2017~~ **Januar 2019** zu geben.

**zu 5.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Entwicklung des Geländes des ehemaligen RAW**  
Vorlage: VI/2018/04059

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträt/-innen:**

einstimmig zugestimmt

**Beschlussempfehlung:**

~~Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, mit der DB AG Gespräche aufzunehmen, die die Entwicklung der Flächen des ehemaligen RAW für Gewerbeansiedlungen zum Ziel haben in den laufenden Gesprächen zwischen Vertretern der Deutschen Bahn, des Bundeseisenbahnvermögens und der Stadtverwaltung im Rahmen des Arbeitskreises Bahnflächen verstärkt folgende Entwicklungsmöglichkeiten zu prüfen:~~

- **Nutzung des ehemaligen RAW-Geländes als Standort für ein Kongresszentrum mit Weiterentwicklung der alten RAW-Hallen zu einem Veranstaltungszentrum unter Erhaltung der Altbausubstanz**
- **Im Zuge der Entwicklung des Geländes eine Verlängerung des Personentunnels**

- **von Bahnhofshauptgebäude nach Osten Richtung Delitzscher Straße**
- **Einbeziehung der historischen Altbausubstanz auf dem RAW-Gelände in alle möglichen Überlegungen des Arbeitskreises**
- **Städtebaulicher Wettbewerb zur Beplanung des Geländes unter Einbeziehung des Nordöstlichen stadtzugewandten Baufeldes (Parkplatz Volkmannstraße).**

Dem Stadtrat ist entsprechender Bericht über die Ergebnisse/Zwischenergebnisse dieser Gespräche bis spätestens zur Sitzung des Stadtrates im ~~September 2017~~ **Januar 2019** zu geben.

## **zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## **zu 7 Mitteilungen**

---

### **zu 7.1 Frau Krimmling-Schoeffler zu Städtebaufördermitteln**

---

**Frau Krimmling-Schoeffler** sprach an, dass die Beschlussvorlage zu den Städtebaufördermitteln im Planungsausschuss behandelt wurde. In diesem Ausschuss war es nur als Mitteilung im Juni auf der Tagesordnung. Sie fragte die sachkundigen Einwohner/-innen, ob diese hierzu von der Verwaltung noch einmal etwas hören wollen oder die Informationen aus Juni ausreichen.

**Frau Kozyk** sprach an, dass die Beschlussvorlage Städtebaufördermittel auch in diesen Ausschuss gehört hätte. Es gab Verwunderung, dass dies gestern im Planungsausschuss war und nächste Woche im Finanzausschuss Thema ist. Sie sind bereits informiert und haben auch mitgearbeitet.

**Herr Loebner** wies darauf hin, dass dies schon einmal diskutiert wurde und wies auf das Mitwirkungsverbot hin, welches hier beachtet werden muss. Die Städtebaufördermittel werden auch Unternehmen zur Verfügung gestellt, welche durch Vertreter hier als sachkundige Einwohner/-innen tätig sind. Deswegen wurde die Entscheidung getroffen, dass im Stadtentwicklungsausschuss keine Beschlussfassung stattfindet. Aus diesem Grund gab es im Juni durch Herrn Stäglin eine Information dazu.

**Frau Krimmling-Schoeffler** sprach an, dass bei der Entscheidung zu der Beschlussvorlage die Stimmen der Stadträt/-innen ausschlaggebend sind und deswegen befürwortet sie, dass die Beschlussvorlage zukünftig auch diesem Ausschuss vorgelegt wird.

**Frau Kozyk** merkte an, dass es für die sachkundigen Einwohner/-innen auch interessant ist, die Diskussion dazu hier zu verfolgen, auch um vielleicht Argumente entkräften oder unterstützen zu können. Deswegen bat sie darum, dass die Städtebaufördermittel hier in den Ausschuss kommen.

**Herr Schachtschneider** sprach an, dass dieses Prozedere für die Umgangsweise mit dem Mitwirkungsverbot allgemein bekannt ist, da Fördermittel in mehreren Ausschüssen vergeben werden. Bei Befangenheit müssen sich die Betroffenen von der Diskussion und

Abstimmung fernhalten. Er sah allerdings keinen Grund, dass diese Beschlussvorlage hier im Ausschuss nicht behandelt wird, sondern sprach sich auch dafür aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1 Anfrage Herr Koehn zur Gestaltung des Riveufers**

---

**Herr Koehn** sprach an, dass im Planungsausschuss über das Riveufer gesprochen wurde. Der Beschlussvorschlag wurde mit der Maßgabe vertagt, dort eine generelle Lösung zu finden. Er war verwundert, dass dieses Thema nicht im Stadtentwicklungsausschuss mit behandelt wurde. Wenn der Stand zum Riveufer klarer ist, regte er an, dies auch hier im Ausschuss zu thematisieren.

Er empfahl, die Mitglieder des Planungsausschusses, Ordnungs- und Umweltausschusses und Stadtentwicklungsausschusses vor Ort einzuladen und die Einzelheiten zu verdeutlichen, damit eine Beschlussfassung nicht nur von der Aktenlage her möglich gemacht wird.

## **zu 9 Anregungen**

---

Es gab keine öffentlichen Anregungen.

**Frau Krimmling-Schoeffler** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Anja Krimmling-Schoeffler  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
stellv. Protokollführerin